Formular zur Eigenerklärung

Unterformular 1: Angebotsformblatt

Angebot im „open-house“-Verfahren (Zulassungsverfahren) der IKK classic

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit gebe ich / geben wir ein verbindliches Angebot in dem Zulassungsverfahren der IKK classic (Rahmenvereinbarungen gem. § 130a Abs. 8 SGB V) ab.

1. Grundlage meines / unseres Angebotes sind die Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der EG, die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Verfahrensunterlagen nebst allen Anhängen.

2. Insbesondere erkenne ich / erkennen wir den Rabattvertrag nach § 130a Abs. 8 SGB V an.

3. Hiermit bestätige ich / bestätigen wir, dass ein aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 6 Monate zum Vertragsbeginn) beigefügt ist.

Für statistische Zwecke: Handelt es sich bei dem Bieter / dem Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft um ein KMU[1] (Erläuterung siehe nachfolgend)?

☐ Ja, und zwar:
- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen

☐ Nein

[1] **KMU** = Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 06.05.2003 (2003/361/EG)

- Kleinstunternehmen = ein Unternehmen, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet

- kleines Unternehmen = ein Unternehmen, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt

- mittleres Unternehmen = ein Unternehmen, das weniger als 250 Personen beschäftigt und das entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielt oder dessen Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft

Ort und Datum

_____ _____

Name Unternehmen des Bieters

Stempel und Unterschrift des Bieters*
*an dieser Stelle ist der Klarname ausreichend

Unterformular 2 - Eigenerklärung über die geforderte Qualität der Blutzuckerteststreifen

Ich erkläre / wir erklären die Einhaltung der Regelungen nach deutschem und europäischem Arzneimittelrecht sowie sonstigen in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzen und Vorschriften, sowie die nach DIN-Norm geforderte Qualität und Beschaffenheit.

Ich versichere / wir versichern, dass keine Gründe vorliegen, die zur Unwirksamkeit der Zulassung führen oder zur Rücknahme, zum Widerruf und Ruhen der Zulassung berechtigen.

_____
Ort, Datum

_____
Name Unternehmen des Bieters

_____
Stempel und Unterschrift des Bieters*

*an dieser Stelle ist der Klarname ausreichend

Unterformular 3: Eigenerklärung über fehlende Ausschlussgründe

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Ich/wir erkläre(n), dass kein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB vorliegt, also dass bezogen auf die letzten fünf Jahre

- keine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach folgenden Vorschriften (oder vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten):

  (1) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  (2) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  (3) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  (4) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  (5) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  (6) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  (7) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  (8) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
  (9) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
  (10) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

- nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden ist, dass mein/unser Unternehmen den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten fünf Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten fünf Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist,

- nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch mit einer Geldbuße von wenigstens Zweitausendfünfhundert Euro rechtskräftig belegt worden ist oder
- nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten fünf Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist,

- wegen eines Verstoßes nach § 21 Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nach sich ziehen kann.

Soweit eine Einzelerklärung nicht bestätigt werden konnte, habe(n) ich/wir den Grund hierfür auf dem folgenden Blatt angegeben. Außerdem habe(n) ich/wir erläutert, warum mein/unser Unternehmen trotzdem nicht vom Vergabeverfahren auszuschließen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtabgabe der vorstehenden Erklärungen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führt.

_____
Ort, Datum

_____
Name: Unternehmen des Bieters

_____
Stempel und Unterschrift des Bieters *

*an dieser Stelle ist der Klarname ausreichend

Unterformular 4: Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Maßnahme:
Abschluss eines Rabattvertrages gemäß § 130a Abs. 8 SGB V im Rahmen eines Open-House-Verfahrens

Bezeichnung des/der Teststreifen:

---

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen

   - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
   - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten
     werden, oder
   - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.

2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Erläuterung:

Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die VHB NRW Formular 523 EU 04/2022 Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU 2 Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 —von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Ort und Datum

_____ _____

Name Unternehmen des Bieters Stempel und Unterschrift des Bieters*

*an dieser Stelle ist der Klarname ausreichend

Unterformular 5 - Eigenerklärung über die Einhaltung von Schutzrechten (als Auftragsausführungsbestimmung)

Ich/wir erkläre(n), dass das Inverkehrbringen der Blutzuckerteststreifen, mit denen ich/wir ein Angebot abgegeben habe(n), keine Schutzrechte wie Patent-, Gebrauchsmuster-, Marken- oder Wettbewerbsrecht verletzt und auch zu keiner Schutzrechtsverletzung führt.

_____
Ort, Datum

_____
Name: Unternehmen des Bieters / jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft

_____
Stempel und Unterschrift des Bieters / jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft*

*an dieser Stelle ist der Klarname ausreichend